

Lerch pfeift Gemeinde zurück

Worb In Worb kann die Gemeindeabstimmung vom Wochenende zur Ortsplanungsrevision eventuell nicht durchgeführt werden, obwohl schon 2000 Stimmzettel brieflich eingegangen sind. Der Berner Regierungsstatthalter hat einer Beschwerde zur Abstimmungsbotschaft aufschiebende Wirkung zugesprochen. Statthalter Christoph Lerch (SP) findet nach einer ersten Prüfung der Beschwerde, die Rügen des Beschwerdeführers seien begründet. Es bestünden berechnete und gewichtige Zweifel, dass Worberinnen und Worber ihren Willen gestützt auf die Botschaft frei bilden könnten. Das teilte Lerch gestern mit. So werde etwa nach der Lektüre der 14-seitigen Botschaft nicht klar, wo welche Zonen geschaffen würden. Und zu den Änderungen im Baureglement liefere die Botschaft keine konkreten Erläuterungen.

«Wir informieren gut»

Der Worber Gemeinderat wird aber Lerchs Zwischenverfügung wahrscheinlich vor Verwaltungsgericht anfechten, wie Gemeindegemeinschafter Christian Reusser auf Anfrage sagte. Er will damit erreichen, dass die Abstimmung doch stattfinden kann, und hofft, dass das Verwaltungsgericht schon heute Donnerstag oder morgen Freitag entscheidet.

Worb ist nicht einverstanden mit der Sichtweise Lerchs. Der Statthalter berücksichtige nicht, dass es sich beim Urnengang um eine Referendumsabstimmung handle. Deshalb werde in der Botschaft vor allem auf die Argumente des Referendumskomitees eingegangen, sagte Reusser weiter. «Wir sind der Meinung, dass wir gut informieren.» Nur eine Rückmeldung sei zur Botschaft eingetroffen. (SDA)

Nachrichten

Wabern Pfarrer vorläufig im Amt eingestellt

Pfarrer Marian Miklaszewski in Wabern wird mit sofortiger Wirkung im Amt eingestellt. Dies hat gemäss Mitteilung vom Mittwoch die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern (JGK) angeordnet. Die JGK folgt damit dem Antrag des Kirchgemeinderates der Römisch-katholischen Kirchgemeinde St. Michael in Wabern vom 18. April (das az Langenthaler Tagblatt berichtete). Die JGK begründet ihren Entscheid damit, dass genügend Hinweise für eine nachhaltige Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Kirchgemeinderat und Pfarrer Miklaszewski bestünden. Im Interesse des Pfarrers und auch der Mitarbeitenden sei die weitere Tätigkeit des Pfarrers mit sofortiger Wirkung einzustellen. Die Einstellung im Amt gelte bis auf weiteres. Eine Lohnneinbusse sei damit nicht verbunden. Sie könne von der JGK jederzeit aufgehoben oder geändert werden, falls sich im Verlaufe des Abberufungsverfahrens eine wesentliche Änderung der Verhältnisse ergeben sollte. Die Verfügung kann beim Verwaltungsgericht angefochten werden. (SDA)

«Berufsschüler werden diskriminiert»

Vorstoss Grossräte fordern Pilotversuche für zweisprachigen Unterricht an Berufsschulen

VON BRUNO UTZ

Möglichst viele Berufsschülerinnen und -schüler sollen in den Genuss von zweisprachigem Unterricht kommen. Zusätzlich zum Deutsch oder Französisch steht dabei Englisch als zweite Zielsprache im Vordergrund. Entsprechende Pilotversuche seien den bernischen Berufsfachschulen zu ermöglichen. Lehrpersonen, die bilingual unterrichten, seien in ihrer Weiterbildung zu unterstützen. Zudem seien sie in den ersten zwei Jahren budgetneutral zu entlasten. Diese Anliegen solle der Regierungsrat prüfen, verlangen in einem gemeinsamen Postulat sieben Grossrätinnen und Grossräte der Parteien GLP, SVP, SP, FDP, BDP, Grüne und EVP. Den bilingualen (bili) Unterricht schlagen die Parlamentarier in Sach- oder allgemeinbildenden Fächern vor.

«Mehrsprachigkeit ist seit 2004 im Berufsbildungsgesetz (BBG) als Ziel verankert. Doch echte Mehrsprachigkeit gibt es nur in den kaufmännischen Berufen und in der Berufsmaturität, indem dort zwei Fremdsprachen weitergelernt werden», schreiben die Grossräte in der Begründung ihres Vorstosses. Rund die Hälfte der Lernenden ohne Berufsmaturität, «im gewerblich-industriellen Bereich sogar fast 80 Prozent», absolviere jedoch immer noch eine einsprachige Lehre. «In der beruflichen Grundbildung besteht also eine diskriminierende Fremdsprachenlücke», folgern die Grossräte. In ihrem Postulat verweisen sie unter anderem auf ein «erfolgreiches» Pilotprojekt mit bili-Unterricht im Kanton Zürich.

Skepsis beim Regierungsrat

Der Regierungsrat steht dem Anliegen skeptisch gegenüber. Er räumt ein, gute mündliche und schriftliche Fremdsprachenkenntnisse seien immer gefragter, nicht zuletzt durch die Globalisierung des Arbeitsmarktes. «Deshalb ist das Bedürfnis nach einer gezielten Fremdsprachenförderung im Bereich der beruflichen Grundbildung nicht von der Hand zu weisen.» Allerdings seien bereits die fachlichen Anforderungen in den Berufslehren in den letzten Jahren stark angestiegen, mahnt die Regierung.

Fremdsprachen im Berufsunterricht führten zu einem zusätzlichen Komplexitätsgrad, dem viele Jugendliche nicht gewachsen wären, schreibt der Regierungsrat in seiner soeben veröffentlichten Antwort. Um dem bili-Unterricht folgen zu können, müssten die Berufsschüler gewisse Fremdsprachenkenntnisse besitzen. Diese könnten innerhalb einer Klasse erheblich voneinander abweichen. Lernende mit einer tiefen Fremdsprachenkompetenz würden mit einem bili-Unterricht sehr schnell sprachlich und fachlich überfordert sein.

Bereits mehrfach bewilligt

Bilinguale Einzelinitiativen innerhalb einzelner Berufe und Fächer seien jedoch auf Gesuch hin bereits mehrfach bewilligt worden. So würden beispielsweise am BBZ Biel der Fachkundeunterricht der Confiseure und das



Allgemeinbildenden Unterricht sollen die Berufsfachschulen zweisprachig anbieten können.

AZ

■ ZÜRICH: 80 PROZENT DER LERNENDEN LEHNEN FRANZÖSISCH AB

Laut dem Evaluationsbericht der Universität Freiburg zum bilingualen (bili) Unterricht beteiligen sich am Pilotprojekt des Kantons Zürich zehn Berufsfachschulen. Im Schuljahr 2009/10 gab es 1172 bili-Lernende, verteilt auf 71 Klassen mit 35 Lehrpersonen. Teilweise ist der Besuch des bili-Unterrichts obligatorisch, teilweise freiwillig. Der überwiegende Teil der Lernenden habe selbst

entschieden, mitzumachen. Am meisten seien bei der Befragung zu den Motivationsgründen «leichter reisen zu können» und «in einer anderen Sprachregion zu arbeiten» angegeben worden. Die bili-Lernenden wurden auch befragt, ob sie bili auch auf Französisch besucht hätten. Knapp 80 Prozent antworteten mit «sicher nicht». Die Lernenden gaben an, bei Beginn von bili mittel-

mässige Kompetenzen in Englisch gehabt zu haben. Laut Interviews und Gesprächen mit den Lehrpersonen verfügten die Lernenden bei Beginn der Berufsausbildung über sehr unterschiedliche Englischkompetenzen. Auch schwächere Lernende profitierten jedoch von bili. Die Lehrpersonen seien gewillt, die Lernenden dort abzuholen, wo diese stünden. Tests mit Kontrollklassen ohne bili-

Unterricht hätten ergeben, dass sich bili positiv auf die Englischkompetenzen der Lernenden auswirke. «Und der bili-Unterricht wirkt sich signifikanterweise positiver auf die Lernfortschritte aus als jede andere Unterrichtsform des Englischen.» Bili-Lernende setzten zudem im Alltag das Englische deutlich häufiger ein als die Lernenden der Kontrollklassen. (UZ)

Fachrechnen der Mikromechaniker und der Mikrozeichner als bili-Unterricht durchgeführt. Das Interesse der Lernenden sei jedoch mässig. Deshalb

«In der beruflichen Grundbildung besteht eine diskriminierende Fremdsprachenlücke.»

Thomas Brönnimann, Grossrat

hätten vorbereitete Projekte nicht durchgeführt oder nach kurzer Dauer wieder abgebrochen werden müssen.

Mehrsprachiger Unterricht an den bernischen Berufsfachschulen sei also bereits möglich, schreibt die Regierung und beantragt dem Grossen Rat, das Postulat zwar anzunehmen, dieses aber gleichzeitig abzuschreiben.

«Mehr als enttäuschend»

«Dieser Bescheid ist mehr als enttäuschend», bedauert Thomas Brönnimann (GLP/Mittelhäusern), der Spre-

cher und Initiant des Postulates. Er könne die Argumentation der Regierung nicht nachvollziehen. Man wolle wohl einfach nichts unternehmen. Die Erfahrungen im Kanton Zürich seien positiv, verweist Brönnimann auf einen im Januar 2011 im Auftrag der Bildungsdirektion Kanton Zürich von der Universität Freiburg publizierten Evaluationsbericht. «Zürich» beweist, dass die Berufsschüler nicht überfordert sind. Das ist lediglich ein Vorurteil. Bili-Unterricht dürfe nicht mit Immersionsunterricht verglichen werden. Bei diesem werde ein Fach voll in der Fremdsprache unterrichtet, bei bili switchten Lehrer und Lernende zwischen der Unterrichtssprache und der Fremdsprache hin und her.

Die Pilotversuche seien auch im Hinblick auf den im Schuljahr 2012/13 beginnenden Frühfremdsprachenunterricht in der Volksschule wichtig. «Wir müssen an den Berufsfachschulen Anschlusslösungen haben, wenn diese Schüler-Generationen einmal Lehren antreten.» Denn ohne Anwendung gingen erworbene Sprachkompetenzen

Neue Lobby Berufsbildung

Die Unterzeichner des Postulates für bilingualen Unterricht an Berufsfachschulen haben laut Thomas Brönnimann (GLP/Mittelhäusern) die grossräthliche Lobbygruppe Berufsbildung gegründet. «Für fast alles gibt es im Parlament spezielle Gruppen, nicht aber für die Berufsbildung», sagt der beim eidgenössischen Hochschulamts für Berufsbildung tätige Brönnimann. Der neuen Lobby gehören weiter an: Ueli Augstburger (SVP/Gerzensee), Andreas Blaser (SP/Steffisburg), Eva Desarzens (FDP/Boll), Jan Gnägi (BDP/Jens) Christoph Grimm (Grüne/Burgdorf) und Daniel Steiner (EVP/Langenthal). Ebenfalls bei der Lobby macht Stefan Oester (Belp) mit. Der EDU-Mann hat jedoch den Vorstoss nicht unterzeichnet. (UZ)

rasch verloren. Brönnimann: «Wir werden auf jeden Fall gegen die Abschreibung kämpfen.» Entscheiden wird der Grosse Rat in der Junisession.

Nach Deckeneinsturz bleibt Erlebnisbad Bernaqua bis September geschlossen

Westside Bern Der Absturz von Deckenplatten im Erlebnisbad Bernaqua von Mitte April ist nach wie vor nicht restlos geklärt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit hat der Deckeneinsturz nichts mit Korrosion der verwendeten Materialien zu tun, wie die Regionale Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland und die Kantonspolizei Bern gestern mitteilen. Auch aussergewöhnliche Ereignisse wie etwa eine Erschütterung durch Erdstöße oder Mängel am Tragwerk des Gebäudes selber kämen kaum infrage. Die Untersuchungen konzentrieren sich deshalb auf die Planung und den Einbau der Tragkon-

struktion der abgehängten Decke. Experten haben sowohl vor Ort im Bad wie auch an der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt Empa Untersuchungen durchgeführt. Inzwischen gehen die Fachleute davon aus, dass wohl eine Kombination mehrerer Faktoren letztlich zum Absturz führte. Diese Faktoren gilt es nun zu identifizieren. Weitere Resultate erhoffen sich die Experten bis Ende Juni.

«So etwas darf nicht wieder vorkommen», sagte Anton Gäumann am Nachmittag vor den Medien. Laut dem CEO der Neue Brünnen AG, einer Tochtergesellschaft der Migros Aare,

die das Erlebnis- und Freizeitzentrum Westside betreibt, werden sämtliche Deckenverkleidungen untersucht und ersetzt. «Die Sicherheit steht an oberster Stelle», so Gäumann weiter. Die im Bernaqua gewählte Deckentechnik sei in keinem anderen Bereich des Westside angewendet worden, betonte Gäumann. Die Wiederinbetriebnahme des Badebereichs sei für September vorgesehen. Die Jahreskunden würden für den Ausfall entschädigt. «Auch die betroffenen Mitarbeitenden müssen sich um ihre Arbeitsplätze keine Sorgen machen», versicherte Gäumann. Sie würden je nach Möglichkeit anders einge-

setzt. Die gesamten Kosten des Unfalls bezifferte Gäumann mit «in Millionenhöhe».

Am Abend des 12. April stürzten über einem Schwimmbecken Deckenelemente aus einer Höhe von 15 Metern ab. Ein Mann wurde von den Platten getroffen und mittelschwer verletzt. Er wurde ins Spital gebracht. Eine Frau konnte vor Ort medizinisch betreut werden. Der Schwimmbereich wurde sofort gesperrt.

Das Westside in Bern-Brünnen wurde 2008 eröffnet. Entworfen wurde die Anlage vom amerikanischen Stararchitekten Daniel Libeskind. (SDA/UZ)

INSERAT

Abstimmung 15. Mai
Kant. Energiegesetz

Vorlage Grosser Rat	Antwort JA
Volksvorschlag	Antwort JA
Stichfrage: Vorlage Grosser Rat	Volksvorschlag
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

WWF